

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Telegraphischer Amt Lübow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Rückblick auf das Jahr 1916. (Schluß.) — Kommunalpolitik im Kriege. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes.

## Rückblick auf das Jahr 1916.

### 3. Unsere Organisation. (Schluß.)

Wenngleich in allmonatlichen Heberbüchern die wichtigsten Zahlen über den Stand unseres Verbandes gegeben werden, verlohnt es wohl, zusammenfassend Rechenschaft zu geben über das abgelaufene Verbandsjahr.

Noch immer ist Weltkrieg, und so werden wir den Friedensmaßstab außer acht lassen müssen. Damals — dreißig Monate ist's her! — fester Aufschwung an Mitgliefern, Anzeigen, Einfluß auf Arbeitsgestaltung und Lohn, heutzutage: mühseligste Erhaltung der Mitglieberschaften, schwer gehemmte Werbearbeit, schwindende Finanzen, unablässiger und doch vergeblicher Versuch, einen vollen Ausgleich zwischen der notwendigen Lernerung und dem Einkommen zu erzielen.

Diese Kriegsjahresbilanz könnte wohl pessimistisch stimmen, wenn damit unserer Sache irgendwie gedient wäre. Die richtige Beurteilung der Sachlage ergibt sich indessen nur, wenn man jedem Unorganisierten die Frage vorlegt: Was wäre wohl, wenn der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sich nicht unablässig bemüht hätte, einen Ausgleich zu finden zwischen Einnahmen und Ausgaben des städtischen Arbeiters?

Es bedarf nur der Information, die ihm fast jede Nummer unserer „Gewerkschaft“ geben kann, um zu wissen, daß unser Verband in dieser schweren Kriegszeit fast noch größere Arbeit geleistet hat denn im Frieden.

In der Tat sind die Leistungen unserer planmäßigen Verbandsarbeit gar nicht hoch genug einzuschätzen, und wer es wirklich aufrichtig mit seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung meint und nicht nur fragt: Was bekomme ich an Unterstützungen und Leistungen heraus?, der muß jetzt entschlossener denn je für die Einheit der wirtschaftlichen Arbeiterorganisation eintreten.

Unser Mitgliederbestand hatte am 31. Dezember 1916 mit 25.586 den bislang größten Tiefstand erreicht. Unsere Hoffnung (im Oktober), bis Ende 1916 einen völligen Ausgleich zwischen Eingezeichneten und Verbliebenen zu erzielen, ist nicht ganz erreicht, denn es verbleiben 12 Prozent (615) wirklicher Verlust. Wir hoffen zuversichtlich, daß in den Herbstmonaten dieser Ausgleich endlich gelinzt, so daß eingezeichnete (jetzt 28.291) und vorhandene Mitglieder den alten Bestand von 51.722 wieder aufzuweisen. Die einzelnen Gauen sollen dabei recht verschieden aus. Gewissermaßen mit einem Auszeichnungsstern müssen wir Berlin, Dres-

dan, Frankfurt a. M., Hamburg und Lübeck nennen. Andere, wie Dresden, München, Mannheim, Magdeburg, Hannover, haben sich recht wacker gehalten. Schwere Verluste haben die Gauen Bremen, Düsseldorf, Nürnberg, Straßburg und Stuttgart aufzuweisen. Nun liegt uns natürlich im Ernst ganz fern, irgend welche „Genuren“ aussteilen zu wollen oder auch nur Parallelen aufzustellen. Dazu sind die Verhältnisse in den Gauen viel zu verschieden. Es handelt sich bei dieser Gegenüberstellung lediglich um die Feststellung der ganz verschiedenartigen Entwicklung. Aber die eine Lehre wird doch wohl daraus zu ziehen sein: Es muß — abgesehen von den Operationsgebieten im Elsaß — überall möglich sein, einen weiteren Mitgliederzuwachs zu erzielen durch stete unermüdete Mitarbeit der uns verbliebenen Verbandsfunktionäre. Wir denken dabei insbesondere auch an die ehrenamtliche Tätigkeit vieler stolzen, da uns zurzeit nicht weniger als 43 Beamte eingezeichnet sind und wir nur an fünf Stellen Ersatz schaffen konnten. So wird den verbliebenen Gauleitern und Ortsbeamten nahezu die doppelte Last aufgebürdet.

Die Agitation ist auch nicht unerheblich durch die Hebertrittsverbote gehemmt. Dabei leiden die anderen Gewerkschaften mindestens ebenso unter diesem Nachschuß wie wir. Als er seinerzeit gefaßt wurde, waren ohne Zweifel die Vorbedingungen dafür gegeben. Aber nach mehr als zweijähriger Kriegsdauer hat sich das Bild denn doch erheblich verschoben. Es gibt heute nachweislich Zehntausende, die keiner Organisation mehr angehören, weil sie die Verbindung mit ihren früheren Berufsgenossen völlig verloren haben.

Wir möchten deshalb an alle Vertrauensmänner die Aufforderung richten, sich in vier- bis sechs-wöchigen Zwischenräumen die Mitgliebersbücher der bisherigen Berufsorganisation vorlegen zu lassen. Sie werden sehr häufig finden, daß seit Monaten keine Beiträge entrichtet sind. In solchen Fällen halten wir es für richtiger, das einmal ausgeschiedene Mitglied unserer Organisation zuzuführen, anstatt es weiter unorganisiert zu belassen.

Wir müssen natürlich den Verdacht der Vorstandskonferenz respektieren, können es aber nicht als zweckmäßig anerkennen, daß keinerlei Kontrollen vorhanden sind, die den einzelnen zur regelmäßigen Beitragszahlung ermahnen und veranlassen. Schon in Friedenszeiten war der Prozentfuß klinkender und Trübsberger erheblich, jetzt ist er beverleichenweise ins Ungemeine gestiegen und die gesamten Gewerkschaften haben den Schaden davon.

Zimmerhin darf auch hierbei zum Ausdruck gebracht werden, daß wir so manche ältere stolzen haben, die jetzt eifrigere Gewerkschaftsarbeit verrichten denn zur Friedenszeit. Das dürfte ebenso in allen anderen Gewerkschaften der Fall sein.

Über unsere Finanzen konnten wir bislang ziemlich Befriedigendes berichten. Allgemein darf es nicht wunder-

nehmen, daß bei den stark gesunkenen Einnahmen über kurz oder lang ein Ausgleich geschaffen werden muß, der uns neue Einnahmen bringt. Voraussichtlich wird die Einführung eines Kriegszuschlags von 10 Pf. pro Woche ab 1. Juli 1917 erforderlich sein, um den erhöhten Anforderungen kurz nach Kriegsende gewachsen zu sein. Wie wir von verschiedenen Zillialverwaltungen und einzelnen Versammlungen bereits feststellen konnten, ist das Verständnis für eine gesunde Finanzpolitik auch in der Kriegszeit durchaus vorhanden. Deshalb glauben wir, daß dieses notwendige Opfer von den Zillialgliedern gebracht wird ohne die früher üblichen Klagen. Vorstandsvorsitz, Ausschuss und Gauleiter haben sich für diese Neuregelung der Finanzen ausgesprochen, die auch den vielfach recht bedrängten Zillialfinanzen insofern zuteil kommen werden, als 25 Proz., das heißt also 2 1/2 Pf. pro Woche, den Zillialen verbleiben sollen. Eine eingehendere Begründung wird den Zillialen und Mitgliedern später unterbreitet werden.

Wenn wir die Fülle der Probleme, die uns das verfloßene Kriegsjahr gebracht, hier nur noch summarisch anführen, so deshalb, weil wir wiederholt und gründlich dazu Stellung genommen haben in der „Gewerkschaft“. Dazu gehört die Kriegsbeschädigtenfürsorge unserer Kollegen, die vermehrte Frauenarbeit in städtischen Betrieben, die vielfachen und bislang ungenügenden Versuche, durch Feuerungszulage einen Ausgleich in den Lebensverhältnissen unserer Kollegen herbeizuführen. So viel auch auf letzterem Gebiete geleistet wurde, es kann uns nicht genügen, und das allein erfordert auch im neuen Jahre eine verstärkte Organisation, die für ihre Mitglieder jederzeit mit Kraft und Ausdauer eintritt.

Das neue Hilfsdienstgesetz hat bislang irgend welche besonderen neuen Erscheinungen nicht gezeigt in städtischen Betrieben. Wohl sind diese fast sämtlich dem Gesetz unterstellt, doch ändert das nichts Wesentliches am bisherigen Zustand. Es bleibt indessen abzuwarten, ob sich da nicht einschneidende Änderungen später entwickeln.

Auf eins möchten wir heute schon besonders nachdrücklich hinweisen: Es bedarf keiner Frage, daß ein erheblicher Teil der städtischen Arbeiter zu den Schwerarbeitern zählt,

denen laut Hindenburg-Erlaß usw. erhöhte Fett-, Brot- und Fleischrationen zustehen. Hier und da haben auch Gemeinden ihre eigenen Arbeiter mit besonderer Hilfe bedacht. Alles in allem aber liegt da noch sehr viel im argen, und es wird gut sein, wenn unsere Kollegen, insbesondere die verbliebenen Arbeiterausschüsse und Vertrauensmänner, darauf hindringen, daß eine bessere Regelung und Zuweisung erfolgt. Es ist vorgekommen, daß die Beamten ganz erheblich schneller, besser und häufiger bedacht worden sind mit Lebensmitteln zu erdwinglichem Preise, als die Arbeiter! Diese Methode, die noch aus der Friedenszeit stammt, sollte abgemacht unstatthaft sein. Jedenfalls müssen wir uns dagegen wehren und fordern, daß für unsere schwer arbeitenden Kollegen die notwendigen Erleichterungen geschaffen werden auf dem Gebiete der Ernährung. . . .

Unser Müd- und Ausblick konnte diesmal nicht viel lichte Punkte aufweisen. Fast 2000 Kollegen saßen bereits auf dem Schlachtfelde dahin. Darin liegt eingeschlossen der ganze Hammer unserer Zeit! Wir können gegenwärtig nicht einmal Friedenshoffnungen für die nächste Zeit in Aussicht stellen, nachdem das deutsche Friedensangebot von dem Jehn-Verbande so schmählich mit einem umfangreichen Eroberungsprogramm beantwortet wurde. Dieses Weltverteidigungsprogramm nach Englands Willen ernst zu nehmen, fällt uns Deutschen freilich außerordentlich schwer. Und so mögen wohl nach einigen vergeblichen harten Anläufen die Gegner im neuen Jahre zu der Erkenntnis kommen, daß die Durchführbarkeit ihrer schier unbegrenzten Vernichtungsgelüste unmöglich ist. Unmöglich, weil auch die deutsche Arbeiterklasse genau weiß, was auf dem Spiele steht, weil die Vernichtung und Niederlage Deutschlands am stärksten von der Arbeiterklasse empfinden würde. Darum halten wir aus im Sturmgebraus dieses Weltkrieges draußen wie drinnen, und unsere Gewerkschaftsorganisation wird alles daransetzen, ihren schwierigen und mannigfaltigen Aufgaben auch weiter nachzukommen. Erforderlich bleibt: Geschlossenheit und Stetigkeit. Unsere Mitglieder haben sie durch 30 Kriegsmomente bewiesen. Wohlan, es gilt auf alledem Wege weiter vorwärts, bis freundlichere Friedenszeiten uns beglücken.

## Kommunalpolitik im Kriege.

Einem Vortrage des Schönberger Oberbürgermeisters Dominicus entnehmen wir die nachfolgenden, recht instruktiven Ausführungen. Wir geben sie in erheblich gekürztem Umfange aus der „Hilfe“ wieder. D. R.

### I.

Wenn man unter Politik im allgemeinen die Richtlinien und Aufgaben versteht, denen die Verwaltung zutrifft, so kann man unter der Kommunalpolitik im Frieden die Förderung der Kultur in dem beschränkten, lokalen Rahmen der Stadt verstehen - der Kultur sowohl nach der geistigen wie nach der materiellen Seite. Demgegenüber ist die Kommunalpolitik im Kriege etwas völlig anderes. Ihr Zweck und ihr Ziel ist die möglichste Förderung und Stärkung des Kriegszwecks der Nation. Nebenbei ist die Umdeutung des Schwungrades, die das in der öffentlichen Verwaltung bedeutet. Genau so wie es für den einzelnen Kriegsteilnehmer die merkwürdigste psychologische Erfahrung darstellt, den grundstürzenden Wechsel des Inhalts seines persönlichen Daseins zu sehen, die Beschränkung der Bedürfnisse auf das Allernotwendigste, beinahe auf die Frage: wie lasse ich heute und wie esse ich morgen - , wie auf der anderen Seite aber der Wille täglich und stündlich Gelegenheit hat, sich an ungewöhnlichen Aufgaben zu erproben, genau wie für den einzelnen diese Umstellung des Daseins im Kriege eine fundamentale ist, so ist es auch für die Gemeinden. Alles, was bisher ihre Aufgabe gewesen ist, hat jetzt seinen alten Wert verloren und muß einen Wert und Zweck erst wieder erwerben unter dem Gesichtswinkel, wie es lämpflich in den Kriegszweck. Sogar ein einkünftiges Ziel für eine große Verwaltung hat etwas Holzener oder Papenberendes für jeden, der daran arbeitet. Die Kennzeichen der Aufgaben, die Forderungen der Anforderungen, der ständige schnelle Wechsel der Situation stellen sie

ungeheure, mannigfaltige und interessante Probleme, daß für einen frischen und energischen Menschen in der Verwaltung der Städte im Kriege diese Zeit an und für sich voll des größten Interesses, voll der größten Befriedigung sein kann. - Lassen Sie mich heute Ihnen diese Aufgaben der Kommunalpolitik im Kriege an der Hand eines kleinen Beispiels schildern, das mir am nächsten liegt, nämlich an der Hand des Beispiels der Kreispolitik in meiner Gemeinde, und lassen Sie mich als äußeren Maßstab Ihnen zunächst einmal den zahlenmäßigen Unterschied in der Veränderung des äußeren Werkzeuges vorführen, mit dem die Kommunalverwaltung arbeitet - ich meine ihres Beamtenkörpers. Da möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Am 1. August 1911 hatten wir in der Schönberger Stadtverwaltung 56 Beamte; am 1. Oktober 1916 hatten wir deren 870; in diesen 870 sind nicht enthalten diejenigen früheren städtischen Beamten, die jetzt noch im Beamtenverhältnis stehen, die aber draußen im Felde sind und infolgedessen uns hier nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem also diese doch auch noch städtische Beamte sind und als solche bezahlt werden, hat sich eine Vermehrung des Beamtenkörpers um 55 v. H. seit diesen 2 1/2 Jahren herausgestellt, und in der Zwischenzeit, in den letzten Monaten, ist diese Vermehrung weiter fortgeschritten. Demnach, im Anfang des Krieges, waren fast die sämtlichen 56 Beamten und Angestellten der Stadt seit angestellte Personen, ein eingearbeitetes, langjähriges Personal. Nur 40 unter ihnen waren Hilfskräfte. Heute sind von den 870 Angestellten 521, d. h. 60 v. H. Hilfskräfte. Am 1. August 1911 waren unter den städtischen Beamten 18 v. H. weibliche Kräfte, heute sind es deren 42 v. H., wobei wir die ebensamtlich langem weiblichen Kräfte überhaupt außer Betracht gelassen haben. Die paar Zahlen zeigen schon ohne weiteres, in welcher veränderten äußeren Rahmen, mit welcher ganz anderen Zusammenstellung heute die Kommunalverwaltung zu führen ist.

Wenn wir uns nun dem Gegenstand der Kommunalverwaltung

im Kriege selbst zuzuwenden, so können wir ihn gliedern je nach der Art, wie er direkt oder indirekt dem großen, beherrschenden Kriegszweck dient. Direkt hat die Kommunalverwaltung mit dem Kriege wenig zu tun, weil das natürlich in erster Linie Sache der Militärverwaltung ist. Aber auch wir haben z. B. mit der Unterstützung bei der Aushebung von Menschen und Tieren und bei der Einquartierung der Ersatzmannschaften umfangreiche und wichtige, direkt militärische Aufgaben zu erfüllen. Von der Schwierigkeit und der Bedeutung dieser Einquartierungslast macht man sich in der Bürgerkraft außerordentlich wenig Vorstellungen; in meiner Gemeinde haben wir bis jetzt beinahe 2 Millionen Mark, die wir nicht erhalten bekommen, aufgewandt für die Unterbringung der Ersatztruppen, für die Formationen, die in unserer Gemeinde beherbergt werden. Die Speisung durchreisender Truppen, die Führung von Lazarettzügen, die Verwundetenfürsorge im Krankenhause, die Leibesgaben-sammlung, die Wollsammlung, die Weiderrsammlung usw., die Mitarbeit im Roten Kreuz, die Sammlung von Rohstoffen für Deeresbedarf, Metall und Zinn und Gold, all das sind Kriegsaufgaben.

Aber sehr viel umfangreicher ist die indirekte Unterstützung der Kriegsaufgaben durch die Gemeinden. Das erste ist natürlich die Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Sie wissen alle, wie da das Reich gewisse Normen festgesetzt hat für die Unterstützung der Familien, Normen, deren Verteilung und Auszahlung auf Rechnung der Gemeinden vom Reiche den Kommunalverbänden überlassen worden ist, und jetzt nach 2 1/2 Jahren geb. das Reich daran, wenigstens einen Teil dieser verauslagten Summen den Gemeinden zu ersetzen.

Die Gemeinden haben sich aber damit nicht begnügt, sondern sie haben von Anfang an es als notwendig erachtet, über diese reichsgesetzten Mindestsätze hinauszuweisen und erhebliche Zuschüsse freiwillig allgemein zu bewilligen; in den Groß-Preussner Gemeinden ist dieser Unterstützungssatz bekanntlich von vornherein auf 100 v. S. der Reichsätze bemessen worden. Aber auch das hat den Städten nicht genügt, sondern neben dieser mehr oder weniger schematisch für alle Kriegsteilnehmer ziemlich gleichmäßigen Regelung der Unterstützung hat jede Stadt eine Art der freiwilligen Kriegshilfe ins Leben gerufen. Aufgabe dieser freiwilligen Kriegshilfe im Gegensatz zur gesetzlichen ist die Individualisierung der Kriegshilfe, je nach der Not und Bedürftigkeit des Einzelnen. Dafür gibt es dann die Geldmittel zu sammeln, und so ist die Organisation, z. B. für die Volksspende, die wesentlich vor der Bürgerkraft die Beiträge in kleineren und größeren Beträgen erhebt, eine ziemlich wichtige und umfangreiche Verwaltungsaufgabe. Die Einzelheiten der Aufgaben der freiwilligen Kriegshilfe brauche ich nicht auseinanderzusetzen; ich will nur aufmerksam machen z. B. auf den Zweck der Kriegshilfsverbände und der Kriegshilfsvereine, die von einer ganz besonderen Bedeutung sind. Ein wichtiger Teil der Unterstützungen für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sind die Mietunterstützungen. Die Frage dieser Vermehrung der Mietunterstützungen ist von den einzelnen Gemeinden ganz verschieden geregelt worden. Wir haben dabei vor allen Dingen das Prinzip vorangelegt, und das scheint mir außerordentlich wichtig, daß durch den Beitrag der Stadt, durch die Zahlung der unterrichteten Familie selbst und durch einen gewissen Nachlaß des Hauseigentümers die Mietschuld selbst lödungslos gedeckt wird, auf daß der Vater der Familie bei der Heimkehr aus dem Felde sich nicht irgendeiner drückenden und angegründeten Mietschuld gegenübersehen. Eine direkte Unterstützung der Familien der Angehörigen von Kriegsteilnehmern ist endlich auch noch die Arbeitsbeschaffung in unseren Mäb- und Strickfabriken.

Das führt zur Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit im allgemeinen auch für denjenigen Teil der Bevölkerung, der nicht unmittelbar Angehörige von Kriegsteilnehmern umfasst. In dieser Beziehung haben wir die merkwürdigen Wandlungen erlebt. Zuerst in den Monaten August und September 1911 die bekannte tödliche Lähmung des Wirtschaftslebens, die in einer großen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kam, und die dann die Befürchtung erweckte, daß es notwendig werden würde, mit den größten öffentlichen Mitteln eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Es ist von der Provinz Preußen zusammen mit den einzelnen Kommunalverbänden organisiert worden eine besondere Arbeitslosenunterstützung für die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Zuschüssen der Provinz. Später ist dann, als die wesentliche Einschränkung in der Textilindustrie verfiel, wurde, eine besondere Arbeitslosenunterstützung für die Textilarbeiter eingerichtet worden. Heute haben wir das genau umgekehrte Problem. Heute ist, jedenfalls auf dem männlichen Arbeitsmarkt, irgendeine Ueberflutung an Arbeitskräften nicht mehr vor-

handen, im Gegenteil; und auch bei den Frauen werden wir vielleicht in absehbarer Zeit zu dem gleichen Zustande gelangen.

Von der Hilfe für die Arbeitslosigkeit kommen wir zur Hilfe für die Kriegsbeschädigten im engeren und weiteren Sinne. Im engeren Sinne sind es natürlich die Invaliden, und daß da die Aufgabe der Städte daraufhin geht, diesen Kriegsinvaliden, den Kriegsbeschädigten im engeren Sinne, nach jeder Möglichkeit zu helfen, ist klar. Fürsorge- und Beratungsstellen, Beschäftigungsurte, Arbeitsnachweise usw. sind allenthalben in Deutschland unter der Leitung und Führung des Deutschen Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigten eingerichtet worden. Von allen Städten sind ferner Fürsorgestellen für Kriegswitwen und -waisen geschaffen worden. Das ist eine Aufgabe der städtischen Verwaltung, die an und für sich recht wenig hineinspricht in den bürokratischen Gang der Organisation; denn sie verlangt trotz der großen Masse der Arbeit, die zu leisten ist, Individualisierung, das heißt eine Paarung des menschlichen Interesses mit einer Heberlichkeit über die positiven Beschäftigungsmöglichkeiten, und über die Gestaltung des Wirtschaftslebens für jeden einzelnen Fall.

Die größte Aufgabe aber, die den Kommunalverwaltungen im Kriege geworden ist, liegt auf dem indirekten Gebiete der Kriegshilfe, in der Lebensmittelfürsorge. Ursprünglich schien es so zu sein, daß es die Aufgabe der einzelnen Städte sein sollte und könnte, die Nahrungsbefeh, den Nahrungsmittelvorrat, der ihrer Bevölkerung zur Verfügung stehen könnte, möglichst zu verstärken und zu vergrößern und selbst die Vorräte zu beschaffen. Heute ist davon sehr wenig übrig geblieben. Man hat gesehen, daß man als einzelne Stadt doch nur ein winziges Glied in dem Nahrungsmittelwesen dieses Weltkrieges ist, und daß es für die einzelne Stadt und für das Gemeinwohl nur schädlich sein würde, wenn die Städte sich in Experimenten mit der Beschaffung von Lebensmitteln verhielten wollten. Heute sind diese Experimente beschränkt auf ganz wenige kleine Einzelgebiete, z. B. auf Gebiete, auf denen die Städte selbst noch Produzenten sind; wenn wir z. B. auf unserem Reichsbrot uns eine Samenmais einrichten, ein paar Ställe bauen und ein paar hundert Ferkel dort heranziehen, so ist das noch ein kleines Beispiel einer positiven Lebensmittelpolitik. Aber im allgemeinen ist die Aufgabe der Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelpolitik ganz anders geworden; sie müssen sich darauf beschränken, das was vorhanden ist, und was ihnen von der Zentrale zugewiesen wird, gleichmäßig und billig zu verteilen. Und auch das ist eine Aufgabe, die bei der Mannigfaltigkeit der Gegenstände, bei der Knappheit der vorhandenen Vorräte, bei der Unmöglichkeit des Bedarfs, bei der Fülle der Interessen, die einander entgegenstehen, eine Fülle von Schwierigkeiten mit sich bringt. Jeder einzelne Artikel in diesem Nahrungsmittelgeschäft verlangt seine besondere Beachtung. Wenn Fleisch ist ja ganz ohne weiteres einleuchtend, daß es keine so leicht fahrbare und vertretbare Ware ist, wie z. B. das Getreide oder Zucker. Es ist ganz außerordentlich schwer, die Rationierung der Bevölkerung auf 200 Gramm Fleisch mit dem Hundstückenwirthlich so durchzuführen, daß jeder Fleischler in der Lage ist, tatsächlich jedem bei ihm eingeschriebenen Stunden die 200 Gramm wöchentlich zu liefern.

Ein anderes Beispiel aus dem Gebiete der Futter- und Milchversorgung. Es ist bekannt, daß die Gewährung von Vollmilch eingeschränkt ist auf Kinder und Kranke. Wer nun aber krank ist in dem Sinne, daß er Milch braucht, das ist eine fast unritterliche Frage. Darüber gibt es die wunderbarsten ärztlichen Entscheidungen, und darüber können sich die Ärzte gegenseitig kräftig in die Haare geraten. Infolgedessen hat man einfach festgesetzt: Krank in dem Sinne, daß sie Vollmilch bedürfen, sollen nicht mehr sein als 2 v. S. der Bevölkerung. Eine höchst einfache Methode, die Leute krank und gesund werden zu lassen. Hier in Berlin ist die Praxis nun dahin gegangen, daß trotz aller Einschränkungen, trotz aller Revisionen der ärztlichen Atteste immer noch 4 v. S. der Bevölkerung mit Vollmilchkarten ausgestattet sind. Da kommt nun die Landesstelle, die die Verwaltung von Futter und Milch führt, und droht uns an: Von der nächsten Woche ab vielleicht machen wir euch in der Beziehung haßbar, und zwar so, daß wir euch einfach um einen entsprechenden Prozentsatz eurer Fettportion kürzen, d. h. für je ein Liter zwei überwiegenen Milch werden euch 20 Gramm Fett abgezogen. Nun sind wir mit unseren zusammen 10 Gramm Futter und Margarine an und für sich schon ziemlich knapp bestellt; man sieht also, wie durch eine nicht ganz außerordentlich strenge und gerechte Verwaltung und vor allem durch ein zu begehrlisches Publikum unter Umständen eine wesentliche Schädigung der Allgemeinheit eintreten kann.



## ♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

### Politisches.

Ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 20. Januar 1917 nimmt Stellung zu der Sondertrennung der Opposition. Der Beschluß lautet:

„Die festgefügte Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist allezeit selbst von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden; sie ist stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft gewesen. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete waren nur zu erlangen auf Grund dieser festen demokratischen Organisation, für deren Mitglieder die Einheitlichkeit im Handeln stets als erste und selbstverständliche Pflicht gepollt hat. Niemals zuvor war die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten als nach dem Ausbruch und im Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit nunmehr 30 Monaten zu führen gezwungen ist. Einheitlich hat die deutsche Sozialdemokratie, die immer auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden hat, auch beim Ausbruch des Krieges auf. In der Erklärung, die der Abg. Haase für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 abgegeben hat, heißt es:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationalen, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Wegen dieser Erklärung, die sich vollkommen im Einklang befindet mit unseren Grundsätzen, hat die Sozialdemokratische Partei sowohl wie auch die Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges gehandelt. Trotzdem schritten zunächst vereinzelt Genossen, dann auch Gruppen und Organisationen ab und gingen ihre eigenen Wege. Dieses disziplinlose Verhalten, durch das die Bemühungen der Partei zur Herbeiführung eines baldigen Friedens ganz erheblich erschwert worden sind, wurde unter Hinweis auf Neben- und Forderungen verantwortlicher Personen und Verbände mit der Behauptung begründet, daß der Verteidigungskrieg Deutschlands zu einem Eroberungskrieg geworden sei und daß die Partei sozialistische Grundsätze mißachte. Diese Behauptungen sind vollkommen unwahr. Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpft, kann nach den Antworten der Genossen auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden. Durch unsere Parteiorganisation geht ein Miß. In verhängnisvoller Weise haben sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demosaten selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird direkt auf den Kopf gestellt: Die Mehrheit soll sich dem Willen der Minderheit fügen.

Zur größten Freude aller Feinde der Partei und zum unanschbaren Schaden der Partei und der deutschen Arbeiterschaft redete und handelte schließlich nicht nur eine Minderheit der Reichstagsfraktion gegen die Mehrheit, sondern gründete sogar eine besondere Fraktion. Mit der Spaltung der Reichstagsfraktion war in unverantwortlicher Weise das denkbar schlimmste Beispiel für weitere Parteizersplitterung gegeben worden. Trotz alledem ließen es der Parteivorstand, der Parteiauswah und die Reichstagsfraktion bei Tadeln und ernsten Ermahnungen, in der Erwartung, daß die in der Opposition stehenden Genossen und Genossinnen sich auf ihre demokratischen Pflichten besinnen und fernerhin Disziplin üben würden. Diese Erwartungen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die allgemeinen Kriegsmüde, der Schmerz um Verluste, die Sorge um Angehörige, — alles das hat, wie in allen anderen am Kriege beteiligten Ländern auch bei uns eine Stimmung geschaffen, die von der Opposition reiflos ausgenutzt wird, um die Parteizersplitterung und die Parteireue zu verdächtigen und die Leitung der Partei einer Gruppe in die Hände zu spielen, die schon lange Zeit vor dem Kriege darum gekämpft hat. Unausgesprochen hielten und halten die verschiedenen oppositionellen Gruppen — die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sogenannten Internationalen, die Spartakusbewegung usw. — Konferenzen im Reich ab, um sich zunächst oppositionelle Stützpunkte und im Anschluß daran eigene Organisationen zu schaffen. Verschiedene Parteizeitungen wurden von den oppositionellen Gruppen, die sich untereinander selbst auf das heftigste bekämpfen, boykottiert. Das Parteilieben ist an manchen Orten vollkommen gesunken. Das Treiben erreichte seinen Höhepunkt in der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für alle oppositionellen Gruppen einberufenen Reichskonferenz, die am 7. Januar 1917 in Berlin getagt und u. a. beschlossen hat:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in feste enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatus unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenstoß herbeizuführen.“

Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwas in parteigenösslichen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer launisch rechtshaberischen Minderheit, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefassten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Daraus die logischen Folgerungen zu ziehen, war die unerlässliche Pflicht des Parteivorstandes, der diese Folgerungen gezogen und sie dem Parteiauswah unterbreitet hat. Der Parteiauswah hat die Zielumkehr des Parteivorstandes gebilligt und am 18. Januar nach eingehender Beratung unter ausdrücklichem Hinweis auf die Reichskonferenz der Opposition folgenden Beschluß gefaßt, dem der Parteivorstand beigetreten ist:

„Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unchristlichen Doppelspiel aller Parteigruppen ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.“

Parteien offen! Die geschichtlichen Zustände sind für die Partei untragbar geworden; sie müßten die Partei zugrunde richten, wenn wir sie länger dulden wollten. Wir wollen und dürfen sie nicht länger dulden. Doch über allem Dogmenfanatismus und persönlicher Nechthaberei, hoch über allem andern muß uns die Partei stehen, die Sachwalterin und Interessenvertreterin der lastenbedrückten deutschen Arbeiterschaft. Der Kampf der Partei für den Frieden, gegen die Mißstände in der Volksernährung und gegen den Besatzungsstand darf nicht lahmgelegt werden durch den Kampf in den eigenen Reihen. Die Aufgaben, die sich im unmittelbaren Anschluß an den Krieg vor uns aufdrängen, auf dessen baldige Ende nur eine einheitlich handelnde Partei mit Aussicht auf Erfolg hinarbeiten kann, sind geradezu gewaltig. Soll die Partei zu der Zeit, in der sie die wichtigsten Aufgaben im Interesse des arbeitenden Volkes zu leisten hat, wenn es gilt, entscheidende Kämpfe um politische Rechte zu führen und das Koalitionsrecht gesetzlich zu verankern, ohnmächtig sein? Könnte sie bei der Lösung der Steuerfragen die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten, für die Opfer des Krieges, für die Witwen und Waisen mit der geringsten Aussicht auf Erfolg, intreten, wenn sie nicht einheitlich und geschlossen aufzutreten vermöchte? Soll die Partei nach dem Kriege in Trümmern liegen oder nicht? Das ist die Frage, auf die es ankommt. Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiermit zur Mitarbeit ein. In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die radikalste Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Tiefen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitlichkeit im Handeln. Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur Sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen beschlossen worden ist. Es muß jetzt Klarheit bekannt werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Parteien offen! Grundsätze sind es, die die Zeit für unser Land und Volk; ernehre denn je zuvor auch für unsere Partei. Seid Euch alle der vollen Verantwortlichkeit, die jetzt auf jedem einzelnen lastet, bewußt und handelt als Sozialdemokraten, wie es Euch die Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft gebietet.“

## ♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

### Kriegs-Steuerzulage.

**Miel.** (Kriegssteuerzulagen.) Der Magistrat und die Besoldungskommission haben für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Miel weitere Kriegsteuerzulagen beschlossen. Den Beamten, Privatangestellten und Arbeitern sowie den Lehrpersonen (ausgenommen die Volksschullehrer) werden in Ergänzung der durch Kollektivvertrag vom 27. September 1916 bewilligten Kriegsteuerzulagen vom 1. Februar 1917 ab folgende laufenden Kriegsteuerzulagen gewährt: Bei einem Dienstverhältnis von 2000 Mk. bis einschließlich 2500 Mk. erhalten Ehepartner (Ergänzung) mit Kindern unter 15 Jahren für jedes Kind 0,20 Mk. den Tag oder 5 Mk. den Monat. Bei einem Dienstverhältnis von mehr als 2500 Mk. bis einschließlich 3000 Mk. erhalten nur die Ehepartner (Ergänzung) mit Kindern unter 15 Jahren 0,20 Mk. den Tag oder 12,50 Mk. den Monat und außerdem für jedes Kind 0,20 Mk. den Tag oder 5 Mk. den Monat. Ein einmaligen Kriegsteuerzulagen werden gewährt bis zur Dienstverhältnissgrenze von 3000 Mk. (einschließlich) 1. den Beamten, Privatangestellten und Lehrern (ausgenommen die Volksschullehrer) 1. den Ehepartnern 40 Mk., 2. den Ehepartnern 100 Mk., 3. für jedes Kind unter 15 Jahren 20 Mk.; b) den ausübend beschäftigten Privatangestellten sowie den häuslichen Arbeitern, sofern sie am 1. Januar 1917 bereits im Dienst der Stadt gestanden haben und sozial sic

eine Dienstzeit von sechs Monaten (für Privatangestellte) und von drei Monaten (für Arbeiter) zurückgelegt haben: 1. den überbezahlten 10 Mk., 2. den Verbeirateten 100 Mk., 3. für das erste Kind 20 Mk., 4. für jedes weitere Kind 10 Mk. Der Magistrat wird ermächtigt, sowohl bei der laufenden wie bei der einmaligen Kriegsteuerungszulage a) bei Heberbreitung der Dienstverdienstgrenze und in sonstigen Grenzfällen zur Vermeidung von Härten einen Ausgleich zu schaffen, b) in besonderen Fällen die Minderzulage auch bei Minderern im Alter vom 15. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zu gewähren. Für vorübergehend beschäftigtes Bureauhilfspersonal wird der Magistrat ermächtigt, laufende Feuerungszulagen je nach Lage des Falles, jedoch nicht über die für die dauernd Angestellten festgesetzten Sätze hinaus zu bewilligen.

**Kriegsfürsorge.**

**Mainz.** (Fürsorge für jüdische Arbeiter und Bedienstete.) Mit Rücksicht auf die zum Kriegsdienst einberufenen jüdischen Arbeiter und Bediensteten hat die sozialistische Deputation eine Vorlage der Bürgermeisterei angenommen, die demnächst die Stadverordnetenversammlung beschäftigen wird. Die städtische Verwaltung entspricht damit auch einer Eingabe unseres Verbandes. Danach soll die Zeit der Verwendung im Kriegsdienst als Dienstzeit bei der Stadt angesehen werden. Während seiner für den Bezug jüdischen Rentenzuschusses oder Hinterbliebenenrente an jüdische Arbeiter und Bedienstete eine zehnjährige Verjährung bei der Stadt vorzulegen war, kann für die, die durch eine im Kriegsdienst erlittene Verwundung oder Erkrankung arbeitsunfähig geworden sind, der Rentenzuschuß schon nach fünfjähriger ununterbrochener Tätigkeit im Dienste der Stadt gewährt werden. Auch auf die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen oder an ihren Verletzungen Gestorbenen findet die Verjährung entsprechende Anwendung. Der Rentenzuschuß beträgt für Arbeitsunfähige bis einschließlich zehnjähriger Arbeitszeit 20 Proz. des Jahreseinkommens, für jedes weitere Dienstjahr 1 Proz. mehr. Hebersteigen die Rentenzuschüsse auf Grund des Verhinderungsgeldes oder des Mannschaftsversorgungsgeldes die Bezüge des früheren Dienstverdienstes, so werden die städtischen Zuschüsse entsprechend gekürzt. Kriegs- und Verhinderungszulagen kommen jedoch nicht in Anrechnung. Eine wesentliche Erhöhung erfährt das Witwengeld für die Hinterbliebenen aller jüdischen Arbeiter. Bisher wurden 20 Proz. des Jahreseinkommens des Mannes gewährt. Dieser Satz wird auf 30 Proz. erhöht. Gleichgültig, ob der Mann im Dienste der Stadt oder als Zusatzempfänger gestorben ist. Als Witwenbeitrag an Witwengeld werden jährlich 240 Mk. (früher 180) gewährt. Das Witwengeld, das für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre bezahlt wird, beträgt: a) für Minder, deren Mutter lebt, zwei Zehntel des Witwengeldes für jedes Kind, wobei wurde für das Kind ein Zehntel gewährt, bei mehreren Kindern nicht mehr als insgesamt sieben Zehntel; b) für Minder, deren Mutter nicht mehr lebt, wenn ein Kind vorhanden ist, vier Zehntel, wenn zwei Kinder vorhanden sind, sieben Zehntel, wenn drei und mehr Kinder vorhanden sind, für jedes Kind drei Zehntel des Witwengeldes. Witwen- und Waisengelder dürfen weder einzeln noch im ganzen drei Viertel des früheren Dienstverdienstes übersteigen. Bei Anwendung dieser Beschränkungen wird sowohl das Witwen- und Waisengeld verhältnismäßig gekürzt; während in der Folge Bezugsberechtigte aus, so ist das Witwen- und Waisengeld der übrigen Verordnungen vom Beginn des nächsten Monats an innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen verhältnismäßig zu erhöhen. Das Witwen- und Waisengeld vermindert sich um den Betrag der den Hinterbliebenen nach den Versicherungsbesetzen des Reiches, des Staates oder nach anderen Reichs- oder Landesgesetzen zuteilen, wobei Rentenbezüge bis zu 10 Mk. monatlich außer Rechnung bleiben, Renten auf Grund des Militärhinterbliebenengeldes werden nur zur Hälfte angerechnet. Die wesentlichen Beträge sind um Witwen- und Waisengeld verhältnismäßig zu kürzen. Der Bezug des Witwen- und Waisengeldes lebt wieder auf, wenn die auf Grund der angeführten Gesetze gewährleisteten Renten in Wegfall kommen. Diese Vorlage bedeutet eine wesentliche Verbesserung, sie trägt den Kriegsteilnehmern weitgehend Rechnung und erhöht das Witwen- und Waisengeld für alle jüdischen Arbeiter und Bedienstete.

**Aus unserer Bewegung**

**Tübingen i. Sa.** (Kriegsteuerungsulagen.) Unsere kürzliche Kritik an dem Verhalten der hiesigen Stadtverwaltung wegen Ablehnung der geforderten weiteren Steuerungsulagen scheint doch etwas gerühmt zu haben. Es sind nun den jüdischen Arbeitern -- aber nicht allen -- noch Steuerungsulagen bewilligt worden. Diese sind aber so lächerlich gering bemessen, daß sie als Hilfe für die Arbeiter in Anbetracht der Verhältnisse nicht gelten können. Es sind nämlich die Stundenlöhne einiger Arbeiterkategorien um 1 bis 2 Pf. erhöht worden, die Postarbeiter sind aber ganz leer ausgegangen. Heber solche Rücksichtslosigkeit beruft bei den Kollegen heute und berechtigte Erregung. In nächster Zeit wird dazu Stellung genommen werden. Es wird aber erwartet, daß dann auch alle Kollegen zur Stelle sind,

**Feuerbach.** Die Generalversammlung der Filiale, welche am Sonntag, den 14. Januar, im Lokale zur "Kassette" stattfand, war nur mäßig besucht. Der vom Kollegen Rauch erstattete Massenbericht lieferte den Beweis, daß die Erbsverwaltung außerordentlich sparsam wirtschaftete, so daß bei verhältnismäßig großen Ausgaben für Notfallunterstützungen und einer Weihnachtsgabe von je 5 Mk. an 22 Kriegervfamilien es doch noch möglich war, das Lokalvermögen von 722,30 Mk. auf 756,68 Mk. zu steigern. Für Sterbeunterstützung wurden 435 Mk. und für Krankenunterstützung 241,25 Mk. verausgabt. Der Hauptkassier konnten noch 472,65 Mk. überwiesen werden. Die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen, da Neueinstellungen nicht erfolgten, unter den im Dienste der Gemeinde Stehenden nichts mehr zu organisieren war, aber vier Kollegen mit Tod abgingen. Unter diesen ist auch unser leider viel zu früh dahingeschiedener, allgemein verehrter Gründer und Vorsitzender der Filiale, Kollege August Börner. Die Mitgliederzahl am Orte ist noch 55. Im Militärdienst stehen 22 Kollegen. Gauleiter Altwater erstattete den Tätigkeitsbericht. Besonders große Erfolge konnten im Jahre 1916 nicht erreicht werden. Die Stadtverwaltung führte auf die wiederholten Besuche zwar stets die von der benachbarten Gemeinde Stuttgart bewilligten Steuerungsulagen im gleichen Umfang auch durch. Die Gasarbeiter sind seit 15. Oktober im Dienste der Stadt Stuttgart. Von diesem Zeitpunkt ab ging das Gaswerk an Stuttgart über und wird von dort aus nunmehr Feuerbach mit Gas und Koks versorgt. Die Installateure bleiben im Feuerbacher Gemeindebesitz, weil das Leitungsgeld im Besitze Feuerbachs verbleibt. Die Verteilung und Verrechnung erfolgt in der bisherigen Weise, da die Gemeinde Feuerbach lediglich Großabnehmer vom Gaswerk Stuttgart ist. Dem verstorbenen Kollegen August Börner widmete Kollege Altwater Worte warmer Anerkennung. Der uns und der Familie entstandene unerföhlliche Verlust hätte wohl vermieden werden können, wenn der Verstorbenen nicht die Interessen der Allgemeinheit den eigenen allzusehr vorangestellt hätte. Er ist als Opfer seiner Pflichterfüllung auf der Strecke geblieben. Was die Kunst des Arztes zu retten versuchte, hat die mangelhafte Krankenpflege wieder vernichtet. Bei den vorgenommenen Wahlen wurden als Geschäftsleitung während des Krieges nur drei Kollegen bestimmt und zwar die seit zehn Jahren schon amtierenden Kassierer und Schriftführer, Kollegen Rauch und Gerlach. Der seitherige zweite Vorsitzende, Kollege Köhler, muß in Kürze als Landsturmmann einrücken, nachdem ihm bereits vor 1 1/2 Jahren der älteste Sohn auf dem Schachfelde geblieben. In dankenswerter Weise hat sich nun auf das dringende Verlangen der Versammlung auf Vorschlag des Gauleiters der altbewährte Kollege Großmann bereit erklärt, den Vorsitz der Filiale zu übernehmen. Bezüglich der Einreichung einer Lohnforderung an die Stadtverwaltung wurde nach dem vom Gauleiter erstatteten diesbezüglichen Situationsbericht beschloffen, noch abzuwarten, bis in Stuttgart in den nächsten Tagen die schwebende Lohnbewegung erledigt ist. Die Erbsverwaltung hat dann sofort mit dem Arbeiterausschuß entsprechende Anträge einzureichen. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

**Freiburg i. Sa.** Die am 12. Januar stattgefundene Generalversammlung unserer Filiale war gut besucht. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Koll. Böhm teils teils dieser zunächst mit, daß die Lohnneigabe der Gauleitung vom 3. Oktober v. J. einen guten Erfolg gehabt habe, es seien weitere Steuerungsulagen von 10 Pf. pro Arbeitsstunde für Vollarbeiter und von 6 Pf. pro Arbeitsstunde für Rentenempfänger bewilligt worden. Außerdem haben sämtliche Arbeiter zu Weihnachten eine einmalige Zuwendung von 8 Mk. erhalten. Er ermahnte die Kollegen, auch diesen schönen Erfolg als Anreiz zu benutzen, für die immer weitere Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein. Dann wurde der Massen- und Jahresbericht erstattet, an den sich eine Debatte knüpfte. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schlusse sprach der Gauleiter Kollege Witt über die Aufgaben unseres Verbandes und betonte besonders, daß der Verband sowohl der finanziellen wie der Stärkung der Mitgliederzahlen bedürfe, um den besonders nach dem Kriege an ihn heranretenden Aufgaben gewachsen zu sein. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Notwendigkeit einer Beitragshöhung aus. Eine dahingehende Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Am Schlusse der Versammlung wies der Vorsitzende darauf hin, daß sich die Filiale im letzten Jahre nicht nur auf der alten Höhe erhalten habe, sondern noch gestärkt worden sei. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß es so auch im neuen Jahre sein möge. Um dieses Ziel zu erreichen, forderte er alle Kollegen nochmals zu eifriger Mitarbeit auf.

**Gotha.** (Kriegsteuerungsulagen.) Infolge des auf Veranlassung der hiesigen örtlichen Leitung unseres Verbandes erfolgten Vorgehens des Arbeiterausschusses sind den Kollegen weitere Steuerungsulagen bewilligt worden, und zwar in annehmbarer Höhe. Die neuen Steuerungsulagen betragen für Verbeiratete und Ledige je 1,50 Mk. pro Woche und für jedes Kind wöchentlich 50 Pf. Insgesamt betragen die bisher erteilten Steuerungsulagen nun 4,50 Mk. für Verbeiratete und 3,50 Mk. für Ledige und die Kinderzulagen 1,75 Mk. pro Woche.



Da die letzte Feuerungszulage rückwirkend vom 1. August 1916 ab zu Weihnachten ausbezahlt wurde, haben die Kollegen zum Teil ganz hübsche Beträge erhalten. Hoffentlich trägt dieser Erfolg dazu bei, die hier bei unseren Kollegen herrschende Kauberei zu vertreiben und einem regeren Arbeitseifer für den Verband Platz zu machen.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 17. Januar d. J. An einen Vortrag über den „Bavarienschen Hilfsdienst“ schloß sich der Massenbericht über das 3. Quartal 1916 an. Er zeigt für die Hilfskasse an Einnahme 26 191,20 Mk., Ausgabe 26 233,55 Mk., so daß ein Bestand von 129 080,31 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl hat sich um 64 erhöht. Die nun volle 2½ Jahre gezahlte monatliche Verbandsunterstützung an Kriegsertrauen, welche keinen Lohn fortgezahlt erhalten, wird mit dem Monat Februar 1917 eingestellt. Eine Verabreichung des Kriegsertrauensbeitrages soll in der kommenden Generalversammlung beraten werden. In einer vom hamburgischen Senat geplanten Neuregelung der Laufenden und Gewährung einer einmaligen Kriegserbeihilfe wurde Stellung genommen. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Versorgungskasse für hamburgische Angestellte und Arbeiter wurde nächste Resolution beschlossen:

„Die Staatsarbeiterkassen als Vertretung der organisierten Staatsarbeiterschaft beweist aus Anlaß des mit dem 1. Mai 1917 zehnjährigen Bestehens der Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter zu Hamburg hiermit von neuem öffentlich auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der sozialen Fürsorgeverhältnisse für die im unmittelbaren Dienste des hamburgischen Staates beschäftigten Nichtleitungsstellen und ihrer Familienangehörigen. Die durch die Versorgungskasse angelegten geringen Renten sind, trotzdem sie aus Beiträgen des Staates und der Arbeiterschaft eingeworben, keine auch nur bei bescheidensten Bedürfnissen genügende Versorgung, und eine Witwen- und Waisenfürsorge läßt sich auch nun nicht länger umgehen. Die Staatsarbeiterkassen wird j. v. durch ihre Gewerkschaft, den Staatsarbeiterverband, abermals an den Senat und die Bürgerkassen herantreten, den nicht pensionsberechtigten staatlichen Angestellten und Arbeitern zeitgemäße Minderlohnverhältnisse und die Hinterbliebenenversorgung zu gewähren.“

Anträge der Arbeiterauschüsse vom Oktober 1916 hatten den Erfolg, daß den in hamburgischen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen der Lohn von 2,50 Mk. auf 2,75 Mk. bzw. von 2,75 auf 3 Mk. pro Tag erhöht wurde. Erhöhung der Löhne für Arbeiter unter 4,50 Mk. auf 4,70 Mk. täglich wurde abgelehnt. Die ungeführte Zahlung der Feuerungszulage während kürzerer als achtstündiger Winterarbeitszeit wurde erreicht. Die Austerlaffung des Lohnabzuges bei kürzerer als neunstündiger Arbeitszeit in diesem Winter trat nicht ein. Eine Zusammenlegung der elf Betriebskrankenkassen des hamburgischen Staates scheint sich anzubahnen. Der Besuch der Versammlung war ein sehr guter.

**Honfanz.** Am 15. Januar fand im Gewerkschaftshause zur „Selvetia“ die diesjährige Generalversammlung statt. Dem Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung war zu entnehmen, daß diese im vergangenen Jahre kein Mittel unversucht ließ, die Verhältnisse der Kollegen an Ort und Stelle zu bessern. Außer einer zweimaligen Lohn-erhöhung von je 20 Pf. wurden auch die Feuerungszulagen wesentlich verbessert, so daß nunmehr in dieser Beziehung Konstanz an der Spitze der badischen Städte steht. Das einzig ärgerlich war nur stets, daß wir für die Gesamtheit der Kollegen an Ort die Arbeit zu machen hatten, während die ungefähre die gleiche Mitgliederzahl zählende „christliche“ Organisation keinen Finger rührte. Der Massenbericht ist auch als befriedigend zu betrachten. Die Gesamteinnahme betrug einschließlich des Massenbestandes vom Jahre 1915 801,55 Mk., der eine Ausgabe mit den an die Hauptkasse abgeführten 862,92 Mk. von 727,89 Mk. gegenübersteht, so daß der Lokalkasse am Jahreschlusse noch ein Bestand von 74,16 Mk. verbleibt. Für Krankheitsunterstützung wurden 163 Mk. verausgabt. Von den Mitgliedern sind 31 am Ort und 10 beim Militär. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden einstimmig wiedergewählt: die Kollegen Joh. Wiedler als Vorsitzender, Wendelin Wurms als Kassierer, Joseph Karl als Schriftführer und Justus Wasmmer als Beisitzer. Kollege Theodor Renner wurde ebenfalls einstimmig als Beisitzer neugewählt. Als Beisitzer fungieren wieder die Kollegen Bruno Stenagale und Martin Sieger. In das Kartell wurden die Kollegen Joh. Wiedler und Joseph Karl bestimmt. Der anwesende Kartellvorsitzende konnte der Hilfestellung uneingeschränktes Lob zollen. Er ermahnte die anwesenden Kollegen dringend, nach wie vor ihren Verbandspflichten eifrig nachzukommen. Das Kartell werde wie früher so auch künftig ihnen stets mit Rat und Tat zur Seite stehen. Gauleiter Altbater referierte sodann noch über „Unsere Aufgaben im neuen Jahre“. Nach kurzer Diskussion über die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde Kollege Altvater einstimmig beauftragt, anderen Tages bei dem Stadtvorstand wegen einer weiteren Erhöhung der Löhne vorstellig zu werden. Mit dem gegenwärtigen Versprechen treuer Zusammenarbeit im neuen Jahre wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

**Mainz.** (Feuerungszulagen.) Unsere im Oktober letzten Jahres eingereichte Eingabe an die Bürgermeisterei um Erhöhung der Kriegsteuerzulage hat nunmehr ihre Erledigung ge-

funden. Laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung werden die für Beamte, ständige Bureau- und technische Hilfsarbeiter, Lehrer und Lehrerinnen (einschließlich der nicht angestellten), wissenschaftliche Hilfsarbeitern der Stadtbibliothek, Schreibgehilfen und Schreibgehilfinnen, Erbsenermittler, ständige Arbeiter und Fabrikbedientete — soweit sie tatsächlich im städtischen Dienste stehen — bewilligten Kriegsteuerzulagen mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 an wie folgt erhöht: a) für Ledige, Verwitwete und Geschiedene von monatlich 6,00 Mk. auf 9,00 Mk.; b) für Verheiratete ohne Kinder von monatlich 12,00 Mk. auf 15,00 Mk.; c) für jedes im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils lebende Kind von monatlich 2,50 Mk. auf 3,50 Mk. Grundätzlich werden nur Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre berücksichtigt. Kinder unter 16 Jahren, die eigenes Einkommen haben, bleiben jedoch außer Betracht. Ausnahmsweise können Kinder im Alter bis zu 18 Jahren berücksichtigt werden, wenn sie aus wichtigen Gründen (Arbeitslosigkeit oder körperliche Beschaffenheit, Schul- oder Berufsausbildung u. dergl.) noch ohne eigenes Einkommen sind. Außerdem wurde eine einmalige Kriegsteuerzulage nach folgender Skala bewilligt: a) für Ledige 25 Proz.; b) für Verheiratete ohne Kinder sowie Verwitwete und Geschiedene mit eigenem Haushalt 5 Proz.; c) für jedes im Haushalt der Eltern lebende Kind 1 Proz. des Jahresbetrages des Einkommens. Ledige, die die einzigen Ernährer von Eltern oder eines Elternteils sind, werden den Verheirateten ohne Kinder gleichgestellt. Verwitwete und Geschiedene ohne Kinder werden wie Ledige behandelt. Verheiratete Arbeiterinnen haben keinen Anspruch auf die Kriegsteuerzulage, wenn ihre Ehemänner eigenen Verdienst haben. Zur Vertretung der Aufwendungen wird ein Kredit in Höhe von 208 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

**Wittweide.** (Kriegsteuerzulagen.) Die Lohn-erhöhung der Gauleitung vom 7. November hat uns wieder einen — wenn auch nicht vollen — Erfolg gebracht. Gefordert wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. Bewilligt sind 1,50 Mk. pro Woche für alle Arbeiter vom 1. November 1916 ab. Die rückständigen Beträge sind vor Weihnachten den Kollegen nachgezahlt worden. Sie haben dazu beigetragen, das Zeit für die Arbeiter etwas zu verkürzen. Wenn auch die Forderung nicht ganz erfüllt worden ist, so erklären sich die Kollegen mit dem Erreichten einmütig zufrieden. Hoffentlich äußert sich dieses aber auch durch eine eifrigere Verbearbeitung für den Verband. Je stärker der Verband, um so leichter und schneller und um so größere Erfolge sind zu erzielen.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

**Kundgebungen aller Gewerkschaftsrichtungen an den Reichs-kanzler und den Präsidenten des Kriegsamt.** Die drohende Ablehnung des deutschen Friedensangebots seitens der Entente-mächte hat die Zentralinstanzen der an der Konferenz vom 12. Dezember beteiligten Gewerkschaftsrichtungen (freie, christliche Gewerkschaften, Gewerksvereine, kaufmännische Verbände, Angestellte und technische Verbände) veranlaßt, dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsamt die Entschlossenheit der von ihnen vertretenen Gewerkschaften zu bekunden, von der Verletzung der Pläne der feindlichen Mächte tatkräftig mitzuwirken. Sie betonen vom 16. Januar datierten Kundgebungen haben folgenden Wortlaut: 16. Januar 1917. 1. An den Reichskanzler. Ein. Erzellen haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verbündet, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freudige Aufnahme der Bekanntgabe des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand. Die Gegner Deutschlands wichen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen. In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind. Ihre Erfüllung mußte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen. Die unmöglichen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei. Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampferfronten seiner Erörterung. Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Absperrung Deutschlands vor Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Ernährungsmittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Volkswesen vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft. Die Antwort der Entente besteht jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet. In der

vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung antreiben. Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Blutvergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Tafein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden. Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeiführenden Völker, die Verwüstung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen. In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärkter Weise unsere Kräfte um die Existenz unseres Landes einzusetzen." — 2. An den Präsidenten des Kriegsausschusses Gröner. Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt weitestgehend, daß die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können. Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angehörigen und deren Familien herbeiführen. Ein Exzellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angehörtenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt. Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter und Angehörtenorganisationen ihre tatkräftige Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt. Angesichts der rücksichtslosen Zurückweisung des Friedensangebotes Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Ein. Exzellenz zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln."

**Parteiopposition gegen Gewerkschaften.** Der Redakteur des „Correspondenzblatt“ W. Janison, veröffentlicht in der „Internationalen Arbeiterzeitung“ folgenden Artikel: Die Parteikrise hat mit der Abhaltung der organisierten Sonderkonferenz am letzten Sonntag einen Höhepunkt erreicht, der eine reichliche Schenkung auch im Interesse der Gewerkschaften erbischt. Wohl ist die Existenz der Gewerkschaften nicht unbedingt abhängig von der einer sozialdemokratischen Parteiorganisation, das haben die Beispiele Englands, Frankreichs und Amerikas gezeigt, um drei verschiedene gewerkschaftliche Strömungen zu nennen, die teils im Gegensatz zur politischen Sozialdemokratie, teils diese ignorierend, sich eine relativ mächtige Stellung im Arbeitsleben dieser Länder errungen haben. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist von allem Anfang an andere Wege gegangen. Hier war das Bewußtsein in den Gewerkschaften immer vorherrschend, daß die zur Ergänzung ihrer eigenen, auf wirtschaftliche Gebiete liegenden Tätigkeiten einer starken politischen Interessensvertretung bedarf, die im Parlament die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften zu Gehör zu bringen vermag. Eine solche Vertretung bildete bisher die sozialdemokratische Partei. Wenn sich Meinungen zwischen ihr und den Gewerkschaften nicht ausgeglichen, der Idealzustand ohne solche ist kaum erreichbar. Aber die Einheit und die straffe Disziplin der Partei bot den Gewerkschaften nicht nur die Gewähr für eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen im Parlament, sondern sie waren auch das gute Beispiel, das für den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation und die Führung ihrer Kämpfe von ausschlaggebender Bedeutung wurde. Was die deutschen Gewerkschaften in diesem Punkte der Partei verdanken, läßt sich zwar nicht in Zahlen oder Worten ausdrücken, wohl aber haben wir alle ein ausgeprägtes Gefühl dafür, die wir in Partei und Gewerkschaft zugleich unsere sozialistische Schulung genossen haben. Seit zwei Jahren befindet sich die Partei in einem Auflösungsprozeß. Er begann mit dem Disziplinbruch Viehnechts im Reichstage im Dezember 1911. Wochte man auch über diesen Fall löffelstüchelnd hinweggehen, ihn als die Tat eines Eingängers betrachten, so ließ doch der spätere Disziplinbruch einer ganzen Gruppe von Abgeordneten im Reichstage keinen Zweifel über den Ernst der Situation zurück. Das spiegelt sich am deutlichsten in der gewerkschaftlichen Presse wieder, wo die Parteivorstände von einem andern Standpunkt gewertet werden müssen, als dem der unmittelbar beteiligten politischen Partei. Denn für die Gewerkschaften hat der Disziplinbruch weit ernstere Bedeutung, weil er ihre ganze Tätigkeit, jeden Erfolg unmöglich macht. Wenn aber die ersten politischen Führer der Arbeiterpartei keine Disziplin zu halten für nötig erachten, wie soll man dann von den „einfachen“ Arbeiter in der Weichheit, dem „jüngsten Meisten“ in der Gewerkschaft unbedingte Disziplin im Lohnkampf erwarten können. Schon bisher war es schwer genug, die Arbeiter im Lohnkampf zusammenzuhalten, und manche Lohnbewegung, mancher Streik und manche

Aussperrung endete mit dem Siege der Unternehmer, weil den Arbeitern die Disziplin, der Zusammenhalt fehlte. Die Duldung des ersten Disziplinbruches in der Partei hat die weiteren ernstlichen Folgen nach sich gezogen. Bessergleich wir die Motive der verantwortlichen Parteinstanzen, die die Parteispaltung noch immer vermeiden zu können glaubten, vollauf zu würdigen wissen, so müssen wir doch nach der Konferenz des letzten Sonntags und den ihr vorausgegangenen Taten der Opposition bedauern, daß dieser Ernst der Lage nicht rechtzeitig vorausgesehen und die nötigen rationalen Maßnahmen dagegen nicht ergriffen wurden. Die Stärke der Partei ist heute mehr denn je abhängig von einer starken Gewerkschaftsbewegung, aber es ist auch umgekehrt. Eine dezentralisierte, im Innern zersplitterte Partei ist eine Gefahr für die Gewerkschaften. Die Opposition, Arbeitsgemeinschaftler und Spartakusleute erklären mehr oder weniger offen, daß sie ihre Kampfführung gegen die Partei auch in den Gewerkschaften aufnehmen wollen. Selbst die Beitragsperre gegen die Gewerkschaften wurde propagiert, verbreitet sogar einige Parteimitglieder diese wahnwitzige, die Arbeiter dem Diktum der Unternehmer ausliefernde Idee. Auf der Reichskonferenz der Opposition forderten 41 „Vertreter“ den systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaften innerhalb der Gewerkschaften und zu diesem Zweck die organisatorische Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmittelglieder. Die Politik der Gewerkschaften ist die auf Grund gewerkschaftlicher Erfahrung von den Generalversammlungen und Konventionen der Gewerkschaften festgelegte Taktik unserer Gewerkschaften. Und der Sprecher der anderen 111 Abstimmen, Haase, erhob sein Promingament gegen den alten Trades-Unionismus, sondern nur ein rein deutsches Gewerkschaftswesen haben mit eigener historischer Entwicklung im engen Einvernehmen mit der Partei, ist es nicht schwer, sich darüber klar zu werden, was der erste Führer der Arbeiterbewegung will. Vor wenigen Wochen hat Lautsky in der „Neuen Zeit“ schon die geeigneten Andeutungen gemacht, als er „eine neue gewerkschaftliche Taktik“ nach dem Kriege forderte. Unsere Gewerkschaften können aber keine am grünen Tisch ausgeklügelte Taktik gebrauchen. Sie müssen für den praktischen Tageskampf gerüstet sein. Und sie können ebensowenig dulden, daß die Parteizersplitterung ihre Tätigkeit auf die mühsam aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen ausdehnen. Soweit ihre eigenen Reichen in Frage kommen, werden sie bewachte Organisationsmaßnahmen vornehmen, falls auf dem kürzesten Wege zur Tür hinausbeizuführen. Aber darauf allein kommt es nicht an. Auch von der Partei muß erwartet werden, daß sie nicht dauernd Leute mit der Glorie der Parteimachbarkeit ziert, deren einzige Tätigkeit die Lahmlegung und Zersplitterung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bezweckt. Eine Bedeutung haben die führenden Kräfte des Disziplinbruches und Organisationszersplitterter nur, so lange sie in der Partei sind. Das wissen sie selbst am besten, wie aus ihrem Reden auf der Sonderkonferenz genügend hervorgeht. Den systematischen, im Rahmen unserer Organisation betriebenen Bemühungen, Partei und Gewerkschaften zu spalten, oder in den Stumpf eines unfruchtbaren individualistischen Vortradikalismus zu führen, muß auch im Interesse des künftigen Zusammenwirkens von Partei und Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse die reichliche und schnelle Scheidung vorgezogen werden."

**Rundschau**

**Das Gesicht der Zeit.** Robin wir auch ins Leben schauen, überall sehen wir den Krieg. Wir fühlen ihn dabei, wo uns einer der Lieben genommen, wir fühlen ihn im Verwandtschafts- und Freundeskreise, wir fühlen ihn bei der Versorgung unseres Körpers wie bei der Befriedigung all unserer menschlichen Bedürfnisse. Sehen wir hungerige Kinder auf der Straße, dann empfinden wir ihn, und wir empfinden ihn in der Arbeit des Berufes. Das ganze Leben trägt als Gesicht den Krieg und darum ist das Leben ernst und traurig. Es fehlt ihm jedwede Schönheit, jeder Frohsinn, jeder Sonnenschein. Keiner war es zur Friedenszeit und doch war das Leben auch da nicht jeder Traurigkeit bar. Die soziale Not war es auch da, die wir allorts fühlten, nach lauterer Schönheit und froher Geichtigkeit suchten wir auch da vergebens. Und darum war auch da unser Herz nicht in reiner, gehärdeter Art zufrieden und glücklich. Ein sonniges Leben genießt der Mensch erst, wenn durch eine gerechte Ordnung der Mensch in harmonischer Weise mit dem Menschen verbunden. Die Seelenverwandtschaft glücklicherer glücklicher Menschen ist es, die dem Leben Geist und Adel gibt. Wenn die Mutter ihr Kindem mit liebenden Augen anschaut, dann nicht sie da mehr vor sich stehen als ein Kindchen. Ihre Liebe, dieses große, heilige, unermessliche Gefühl, das sie mit dem Kinde verbindet, gibt dieser kleinen



Welt des Kindertraumes einen leuchtenden, frohen, sonnigen Glanz. Die Liebe gibt dem Leben mit dem Kinde ein verklärendes Glücksgefühl. Aus Liebe wird Schönheit, Seel, Sonne und Wärme. So wird die Liebe des Menschen ihren Abgang werfen auf das ganze menschliche Zusammensein. Aus der neuen sozialen Harmonie wird Liebe und aus der Liebe jauchzendes, frohlockendes Glück. Jede Zeit hat das Gesicht ihrer sozialen Struktur. Darum erkämpfen wir jene neue Ordnung, denn glücklich wollen wir sein, und jene neue Harmonie allein wird uns stets entgegenladen mit ihrem Adel, ihrer Reinheit, ihrem sonnigen Leuchten in das schwebende Herz.

**Fortdauer der Verbrauchseinschränkung nach dem Kriege.** Auf die Frage, wie lange die Nationierung des Kriegsbrotes dauern wird, sucht der Leiter der Reichsgetreidekammer, Unterstaatssekretär Michaelis, in den amtlichen „Deutschen Kriegsnachrichten“ eine möglichst erschöpfende Antwort zu geben. Er hält nicht nur die Maßnahmen zur Durchführung des gesamten Versorgungsplans für unbedingt nötig, sondern er erklärt auch die Hoffnung, daß mit der Wiederkehr des Friedens alle „Unnatürlichkeiten“ beseitigt werden könnten, daß die Knappheit der Portionen aufhöre und daß jeder wieder so viel kaufen und verzehren könne wie er wolle, für krügerisch. Es heißt da: „Wir werden damit rechnen müssen, daß wir für eine geraume Zeit, vielleicht für mehrere Jahre, mit einer weiteren Beschränkung des Verbrauchs und einer Nationierung der wichtigsten Lebensmittel und abfinden müssen. Deutschland wird auch in den kommenden Friedensjahren zunächst fast ganz ausschließlich auf das angewiesen sein, was in seinen eigenen Grenzen an Lebensmitteln hergestellt wird. Hieran werden in erster Linie unsere Handels- und Nahrungsverhältnisse schuld sein. Der Schiffsraum zur Einfuhr ausländischen Getreides wird außerordentlich knapp sein und wird für den Import anderer nützlicher Rohstoffe in Anspruch genommen werden. Die Verschlechterung unserer Wälua wird uns nötigen, so wenig wie möglich aus dem Auslande zu importieren und das ganze Streben darauf zu richten, die Ausfuhr zu steigern. Dabei ist noch nicht in Rechnung gezogen, inwieweit durch unfreundliche Zusammenstöße unserer Feinde auch über die Kriegszeit hinaus Schädigungen unseres Grenzverkehrs eintreten. Dazu kommt aber auch, daß in allen Nachbarländern und auch in Amerika die Ernten sehr zurückgegangen sind und daß in allen unseren Nachbarländern nach Schluß des Friedens eine gewaltige Knappheit der Lebensmittel -- wenn nicht gar eine Not -- herrschen wird. Es wird sich das merkwürdige Bild entrollen, daß Deutschland, das von seinen Feinden ausgehungert werden sollte, schließlich in seiner Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln, insbesondere mit Getreide, das relativ am besten versorgte Land sein wird. Wenn Deutschland aber somit im wesentlichen auf sich angewiesen sein wird, dann wird -- selbst wenn die für uns nutzbaren Flächen noch durch besetzte Gebiete vergrößert werden -- eine Knappheit an Brot- und Futtergetreide und damit auch an Fleck bei uns herrschen. Deutschland ist schon unter normalen Verhältnissen nicht in der Lage, das nötige Brot- und Futtergetreide selbst zu produzieren. Die Ernte kann schon bei vollem Ergebnis nur dann reichen, wenn rationiert wird. Nun ist aber durch die gegenwärtige Kriegswirtschaft die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nicht unerheblich verringert. Es ist zwar demenswertenweise geschehen, was geschehen konnte. Die zurückgebliebenen haben mit Ausbietung aller Kräfte gearbeitet; aber die Einschränkung der Zahl der Landarbeiter, insbesondere der eigenen Wirtschaftler, die Verschärfung in der Beschaffung mit künstlichem Dünger, die Behinderung der landwirtschaftlichen Maschinen wegen Störung der Mohltransporte usw. haben doch eine derartig hemmende Wirkung auf die Produktion ausgeübt, daß wir mit vollen Ernten -- selbst bei durchweg günstigen Werten -- nur nach Abzug mehrerer Millionen Jahre werden zu rechnen haben. Es wird also auch nach dem Frieden nötig sein, den Riemen eng geschnallt zu halten. Wir werden weiter schon rationieren müssen. Wir werden weiter alles Brotgetreide, auch das minderwertige, für die menschliche Nahrung erhaschen müssen, und wir werden bis über den Väter hin den Konsum zu regeln haben. Erleichterungen werden erst allmählich eintreten und werden dann mit großer Beschränkung entgegenzunehmen werden. Man muß aber den Gedanken mit vollem Ernst erfassen, daß zunächst wegen des Friedensschlusses eine Erleichterung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung -- soweit es sich wenigstens um die Massengüter handelt -- nicht eintreten wird.“ -- In der Tat dürften sich die schädigenden Folgen dieses Krieges auf fast allen Gebieten lange bemerkbar machen.

**Strenge Standpunkt der Unternehmer auch nach dem Kriege!** In einem Bericht des Braunkohlen-Industrievereins, einer Unternehmerorganisation, wurde jüngst gesagt: „Nach alledem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftlichen, sondern Zeiten lebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen geben wir entgegen. Denn trotz aller Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens der Arbeiter in Deutschlands schwerster Zeit wird es notwendig sein, den vielfach so falsch beurteilten Strengeim-Quasi-Standpunkt zu verteidigen. An Arbeitsverhältnissen blüht man

mit gewisser Besorgnis auf die überreiche Anerkennung (!) des vaterländischen Verhaltens der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege, die ihnen von fast allen bürgerlichen Parteien und im besonderen auch von Vertretern der Staats- und Reichsregierung bezeugt worden ist. Die Bezeugung ist nicht unbegründet, daß dadurch das Kraftbewußtsein der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und ihrer Führer außerordentlich erstarren wird, und bereits liegen Erfahrungen dafür vor, daß dieses Kraftbewußtsein zu immer tragloseren Bündnissen der Organisationen auf politischem Gebiet und damit zu einer starken Beunruhigung unseres wirtschaftlichen Lebens führen wird.“ -- Wiederrum zeigt sich hier, welchen Zeiten wir entgegengehen. Die Arbeiterklasse muß sich für schwere Kämpfe rüsten. Sie bedarf dazu einheitlicher wirtschaftlicher Organisationen. Darum dürfen wir jetzt nicht in der Agitation erlahmen!

### Beruhigung.

Wir schweigen viel. Nur in den Abendstunden,  
Wenn wo im Holz ein Vogel singt,  
Der sich zum süßen Lied geschunden,  
Ob ihn die Dämmerung verflücht,  
Lustig in den goldenen Abendglanz  
Auch unser heimliches Geiz,  
Dann wird noch alles gut und schön  
Und: Gelmwärts! steht auf allen Wegen.

Wir haben wir, vom Feuerstrom umspien,  
Uns nicht im Glend ausgereit!  
Wir haben uns die Seele wundgeschrien,  
Vom Tod umdonnert und umschreit.  
Umsonst. Im Schrei der Kanonade  
Ziel der und der, das Grab bringt Ruh.  
Die Kurvurkille deckt Dich zu  
Mit weichen Händen voller Gnade.

Und nun? In uns sind viele Quellen  
Aus totem Schutt neu aufgetan.  
Görst Du die lieben Wasser schwellen,  
Nützt Dich die Hoffnung mächtig an.  
Die Sonne endet ihre Reise . . .  
Das letzte Abendrot zerfließt.  
„So sehr hab' ich Dich nie geliebt  
O Heimat!“ spricht Du still und leise.

Mar Wartbel, Argonnen.

### Totenliste des Verbandes.

<b>Joseph Auer, München</b> Straßenbauarbeiter † 19. 1. 1917, 67 Jahre alt.	<b>H. Möller, Frankfurt a. M.</b> Eisenarbeiter † 12. 1. 1917, 46 Jahre alt.
<b>Willy Bierkamp, Hannover</b> Pensionär † 29. 12. 1916, 66 Jahre alt.	<b>Ednard Schmidt, Gera</b> Bäckermeister † 13. 1. 1917, 58 Jahre alt.
<b>Gustav Görner, Dresden</b> Jubalide † 12. 1. 1917, 70 Jahre alt.	<b>Johann Schreiber, Mainz</b> Liebbaumeister † 6. 1. 1917, 73 Jahre alt.
<b>Gustav Höhne, Leipzig</b> Arbeiter † 16. 1. 1917, 33 Jahre alt.	<b>August Sterkel, Wiesbaden</b> Pensionär † 7. 1. 1917, 67 Jahre alt.
<b>Georg Güter, Darmstadt</b> Installateur † 12. 1. 1917, 55 Jahre alt.	<b>Ernst Thiele, Dresden</b> Arbeiter † 19. 1. 1917, 62 Jahre alt.
<b>G. Jenckh, Leipzig-Gohlis</b> Katenenwärter † 15. 1. 1917, 59 Jahre alt.	<b>Josef Wegmann, Nürnberg</b> Gasarbeiter † 20. 1. 1917, 45 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

<b>Erich Vandenburg, Gera</b> am 2. Januar 1917 i. Alter von 34 Jahren i. Lazarett gestorben.	<b>Josef Meißner, Berlin</b> am 12. Dezember 1916 im Alter von 35 Jahren gefallen.
<b>Albert Kopmann, Hamburg</b> am 9. Januar 1917 i. Alter von 47 Jahren i. Lazarett gestorben.	<b>Richard Weirauch, Berlin</b> am 24. Dezember 1916 im Alter von 38 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!